

Einwurfeinschreiben

Herrn Präsidenten des Landtags NRW
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtages 1
40221 Düsseldorf

12.02.2026

Rückmeldung zur Entscheidung über unsere Petition (AZ: I.A.4/18-P-2025-15312-00)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf Ihren Bescheid vom 20.01.2026. Das Schreiben bestätigt leider einen Eindruck, den wir mittlerweile zuhauf gewonnen haben: Niemand fühlt sich zuständig, niemand will etwas ändern, und von den gewählten Volksvertretern ist offenbar keinerlei Hilfe zu erwarten. Es ist zutiefst frustrierend zu erleben, wie unsere Heimat zum „Kollateralschaden“ einer rein flächenorientierten Planung wird. Ihr Bescheid argumentiert fast ausschließlich mit bürokratischen Zuweisungen und Windvorrangzonen. Dabei gehen Sie mit keinem Wort auf die existenzielle Belastung unserer Dörfer ein: Selbst wenn man die Planung auf die offiziellen Vorrangzonen beschränken würde, droht Brachhausen, Heinsberg, Silberg und Albaum eine Umzingelung mit 80 bis 100 Anlagen. Diese massive Konzentration auf engstem Raum wird in Ihrem Bescheid völlig ausgeblendet.

Erschreckend ist zudem die Feststellung, dass der Ausschuss offensichtlich mit identischen Textbausteinen arbeitet und verschiedene Petenten mit demselben nichtsagenden Wortlaut „abspeist“, ohne auf individuelle, detailliert aufgeführte Argumente einzugehen. Diese Nicht-Wahrnehmung der Bürger führt dazu, dass das Vertrauen in die Politik und die demokratischen Prozesse massiv Schaden nimmt. Wenn Bürger ihre Nöte lediglich als statistische „Grenze“ gesetzlicher Mindestziele abgetan sehen, ist dies ein fatales Signal für unser Gemeinwesen. Wie rücksichtslos die aktuellen Verfahren den Schutz unserer Region faktisch ignorieren, zeigt zudem die zusätzliche Planung von acht Windanlagen unmittelbar am Natura 2000-Gebiet „Dollenbruch und Sellenbruch“ – sogar außerhalb der Vorrangzonen und gegen das Votum der Gemeinde.

Wir fragen uns ernsthaft: Welchen Wert haben Schutzvorgaben noch, wenn sie durch eine solche Randbebauung entwertet werden und die Belastungsgrenze der betroffenen Menschen ohnehin längst überschritten ist? Der Hinweis des Ausschusses, wir hätten uns im Vorfeld einbringen können, ist angesichts unseres intensiven Engagements ein Schlag ins Gesicht. Wir haben uns von Anfang an aktiv eingebracht – wurden aber im Ergebnis konsequent ignoriert. Es drängt sich der bittere Verdacht auf: Die Zerstörung unserer Heimat wird für finanzielle Interessen einiger Weniger politisch gewollt und billigend in Kauf genommen. Die Antwort des Landtags macht jede Hoffnung auf eine gerechte Lösung zunichte und hinterlässt tiefes Misstrauen in die parlamentarische Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag der Besorgten Bürger

Rainer Reichling

Wolfgang Exner